

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

17.9.1932 (No. 218)

Der innerpolitische Konflikt

Dieser Konflikt ist von einer solchen Schwere, daß man seiner Austragung nur mit der größten Sorge entgegensehen kann. Von vornherein wird man deshalb allen Stimmen, die in diesem Augenblick grundsätzlich zur Besonnenheit und Ruhe mahnen, besondere Beachtung zu schenken haben. Die sachlichen Gegensätze brauchen dadurch keineswegs verwischt zu werden. Aber unter allen Umständen sollte darauf geachtet werden, daß auch dieser die Wurzeln unseres ganzen staatlichen Seins berührenden Konflikt in würdiger Weise ausgekämpft wird. Nie sollten wir vergessen, daß wir Brüder eines Stammes sind, daß es deutsche Volksgenossen sind, die sich mit deutschen Volksgenossen auseinandersetzen haben.

Ebenso wenig darf aber vergessen werden, daß Recht und Verfassung unter allen Umständen gewahrt werden müssen, falls wir nicht chaotische Zustände über unser Vaterland heraufbeschwören wollen. Wir können uns nicht denken, daß der Reichspräsident jemals die Hand dazu bieten wird, daß die Verfassung in eindeutiger und klarer Weise gebrochen wird. Bisher hat es sich ja immer nur um fähne Interpretationen der Verfassung gehandelt. Ein offensichtlicher Verfassungsbruch ist vermieden worden. Und wir können nur wünschen und hoffen, daß es dabei bleibt.

Sehr beachtenswert ist in diesem Zusammenhang ein Leitartikel des „Deutschen Volksblattes“, des führenden Organs der württembergischen Zentrums Partei. Darin heißt es u. a.: „Auch für die weitergesteckten Aufgaben der Reichsregierung lassen sich nur auf einem normalen, von Konflikten möglichst wenig unterbrochenen Wege Erfüllungsmöglichkeiten schaffen. Wir kennen das „Zwölftmonatsprogramm“ der Regierung haben, von dem offiziös die Rede war, nicht. Aber eines ist sicher: ein weittragendes Reformprogramm, das an die Grundlagen des Staatsaufbaues herangeht, kann eine Regierung wie die des Herrn Papen mit den von ihr beliebten Mitteln nicht verwirklichen. Es ist unumstößlicher Bestandteil des geltenden Staatsrechts, daß jede Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Billigung des Reichstags bedarf. Man kann diese Billigung bei weitherziger Auslegung der Verfassung durch ein- oder mehrmalige Reichstagsauflösung hinausschieben, man kann sie aber nicht überflüssig machen; und so würde daher jede Verfassungsreform durch Notverordnung mindestens der nachträglichen Billigung durch einen auf Grund der geltenden Verfassung gewählten Reichstag bedürfen. Daraus geht ganz klar hervor, daß die Regierung haben, wenn sie mit ihrer Arbeit nicht scheitern oder — was wir nicht glauben möchten — nicht schon jetzt einen Staatsstreich in sichere Rechnung stellen will, einem neuen Reichstag Brücken zur Zusammenarbeit bauen muß. Mit den Vorarbeiten dazu sollte sie jetzt schon beginnen, indem sie ihre Konfliktspolitik abbaut und sich auf loyalere Umgang mit den ständigen Repräsentanten der Volksvertretung und mit den Exponenten des Volkswillens, den Parteien, einstellt. Und die Parteien selbst sowie Reichstagspräsident Goerring sollten der Regierung den Entschluß hierzu nicht unnötig erschweren.“

Der „Badische Beobachter“ bemerkt heute zu diesen Ausführungen: „Wer diese ruhige, nüchterne Betrachtung ebenso auf sich wirken läßt, wird ihre Bedeutung im gegenwärtigen Augenblick nicht verkennen. Und wenn wir uns richtig auf die auch bei uns herrschende Stimmung verstehen, dann glauben wir sagen zu können, daß die Ausführungen im württembergischen Zentrumsorgan überall auf Verständnis stoßen. Auch die Führung der Zentrums Partei im Reich hat von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß sie durchaus nicht daran denkt, sich das Zentrum in Kur-Opposition erschöpfen zu lassen.“

Das preußische Problem

Schon die Erledigung des preußischen Problems wird in Kürze Gelegenheit geben, die Verfassungstreue einerseits und die Besonnenheit der Parteien andererseits zu erproben. Sollten sich Zentrum und Nationalsozialisten in Preußen wirklich über die Bildung einer Regierung verständigen, und sollte der Preußische Landtag zusammenzutreten, um in aller Form die Wahl einer Regierung vorzunehmen, dann würden damit ja die Voraussetzungen für das Walten des Reichskommissars in Preußen hinfällig geworden sein, und die weitere Entwicklung in Preußen wäre der Obhut der vom preußischen Parlament in legaler Weise gebildeten Regierung anzuvertrauen. Ob aber Herr von Papen eine solche Entwicklung gerade in diesem Moment ruhig hinnehmen wird, das ist eine andere Frage.

Wie in den letzten Tagen hier und da zu lesen war, soll das Reichskabinett beabsichtigen, eine Lösung der Reichsreform, soweit sie das Reich und Preußen betrifft, schon jetzt dadurch vorwegzunehmen, daß man eine Personalunion zwischen dem Posten des Reichskanzlers und dem eines preußischen Ministerpräsidenten herstellt und den Aufgabenkreis des preuß. Innenministeriums, damit also auch die preußische Polizei dem Reichsinnenministerium unterstellt. Man kann sich kaum vorstellen, daß derartige Maßnahmen ohne Bruch der Verfassung auf dem bloßen Verordnungswege getroffen werden können. Preußen und sein Parlament müßten in dieser Angelegenheit gehört werden.

Eine Auflösung des Preußischen Landtags ist verfassungsmäßig dem Reichskanzler in seiner Eigenschaft als

Reichskommissar nicht gut möglich, da diese Auflösung nach der preußischen Verfassung nur von der Mehrheit des Landtags selbst oder von dem soa. Dreimännerkollegium verfügt werden kann. Ein Notstand aber, eine Bedrohung von Sicherheit und Ordnung, besteht in Preußen zur Zeit nicht. Es könnte also auch nicht auf Artikel 48 der Reichsverfassung zurückgegriffen werden.

Einstweilen wird man abzuwarten haben, ob es wirklich zu einer koalitionsmäßigen Einigung des Zentrums und den Nationalsozialisten in Preußen kommt, und ob wirklich Herr von Papen die Pläne und Absichten in bezug auf Preußen hat, die man ihm in einzelnen Zeitungen nachsagt.

Auch beim preußischen Problem hat der oben von uns zitierte Artikel des „Deutschen Volksblattes“ Stellung genommen; und auch hier geschieht das in einer Konflikt abbauenden Weise. Es käme nach der Ansicht des Stuttgarter Zentrumsorgans, so notwendig die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Preußen an sich ist, der Herbeiführung neuer Konfliktstoffes gleich, wenn Zentrum und Nationalsozialisten jetzt in Preußen eine parlamentarische Regierung bilden würden. Jedermann wisse, daß diese Möglichkeit der Reichsregierung einige Sorgen bereitet, daß sie aber ihren Kommissar notfalls auch mit Gewalt stützen will, und wer die Reichsregierung in neue Verlöbte gegen die Reichsverfassung sozusagen hineintreiben möchte, brauchte ja nur die abermalige Einsetzung eines Reichskommissars unter einer vielleicht noch fadenfcheinigeren Bezeichnung zu provozieren. Aber daran könne niemand, der die Wohlfahrt des Staates will, ein Interesse haben. Der politische Kampf, der um die Führung im Reich entbrannt ist, müsse auf dem geraden Wege, den die Verfassung weist, ausgetragen werden, und das nächste Ziel müsse die Wiederherstellung geordneter Regierungsverhältnisse im Reich sein. „Eine verantwortliche, auf ein Parlamentsvotum gestützte Reichsregierung hätte dann alsbald die Aufgabe zu übernehmen, das preußische Abenteuer der Regierung Papen verfassungsgemäß und politisch sinnvoll zu liquidieren.“

Die neuen Reichstagswahlen

Nach der Reichsverfassung müssen die neuen Wahlen spätestens am 60. Tage nach der Auflösung stattfinden. Und es gibt keine andere Bestimmung in der Reichsverfassung, die ein Kabinett von der Pflicht, innerhalb dieser 60 Tage die Wahlen stattfinden zu lassen, befreien könnte. Deshalb ist es wohl auch nur als unmahngeliches Gebot zu werten, wenn am Tage nach der Auflösung des Reichstags in einem Berliner Blatt die Vermutung ausgesprochen wurde, die Reichsregierung werde erst einmal abwarten, wie sich der Wahlkampf entwickle, ob er sich ohne Bedrohung der öffentlichen Sicherheit vollziehe, und erst dann einen Beschluß über den Wahltermin fassen.

Bis jetzt ist ein solcher Wahltermin noch nicht bekanntgegeben worden. An und für sich besteht ein dringender Anlaß dazu ja auch nicht. Die Parteien wissen, daß sie innerhalb der auf den Auflösungstag folgenden 60 Tage zu wählen haben werden; und faktisch ist ja denn auch der Wahlkampf bereits im Gange. Er ist so gar schon so sehr im Gange, daß die Bildung einer neuen, für Herrn von Papen eintretenden Partei der bürgerlichen Mitte, der bürgerlichen Sammlung, erörtert wird.

Riesenkonzession in Frankreich

Außerordentliche Sitzung des französischen Parlaments

Der französischen Kammer wurde am Freitag der Plan der Regierung für die Rentenkonvertierung vorgelegt. Die Regierung ersucht um die Autorisation, alle Renten über 4 1/2 Prozent zurückzuzahlen oder zu konvertieren. Der Gesamtbetrag für diese Operation wird mit 85 Milliarden angegeben. Eine neue Emission von 4 1/2prozentiger Schatzanleihe wird angekündigt. Der Ministerpräsident will die Vertrauensfrage stellen. Die Regierung will Situationen verhindern, die Spekulationen ermöglichen könnten. Die Börse wird erst am Montag wieder geöffnet.

In der Begründung wird u. a. darauf hingewiesen, daß trotz der verhältnismäßig starken Preissteigerung der letzten Jahre das Preisniveau in Frankreich immer noch zu hoch bleibe. Es müßten für die nationale Wirtschaft in der Zeit einer Anfurhebung der Produktion in der ganzen Welt weniger kostspielige Kreditbedingungen geschaffen werden. Um die starke Grundlage der französischen Währung aufrechtzuerhalten, müsse ein jeder zur Finanzsanierung beitragen. Die Regierung sei entschlossen, Frankreich die Rückkehr der aus dem Kriege geborenen Schwierigkeiten zu ersparen und das nächstjährige Budget reiblos auszugleichen. Die Rentenkonvertierung sei nur ein Punkt eines weitergehenden Programms, für dessen Durchführung die Regierung auf die Unterstützung der gesamten Nation rechne.

Eine Nachsitzung der Kammer

W.D. Paris, 17. Sept. (Tel.) Die Kammer tagte um 5 Uhr früh immer noch. Sie hat die 17. Artikel der Regierungsvorlage über die Rentenkonvertierung bereits verabschiedet und berät gegenwärtig über einen Anzetz zur Regierungsvorlage, der besondere Ausführungsbestimmungen enthält.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gestern um 22.20 Uhr begründete zunächst der Finanzminister eingehend die Regierungsvorlage. Ein sozialistischer Abgeordneter erklärte, die Sozialisten würden in absehbarer Zeit eine gerechtere Steuererteilung und als Heilmittel für die Krise die internationale Solidarität fordern. Vor Eintritt in die Einzelberatung ergriff Herrriot das Wort zu einem dringenden Appell.

Kurz vor 5 Uhr hat die Kammer mit 540 gegen 48 Stimmen die Regierungsvorlage über die Rentenkonvertierung verabschiedet und sich darauf auf heute 18 Uhr vertagt. Der Senat beginnt die Beratung der Vorlage heute um 16 Uhr.

Nichtteilnahme an der Abrüstungskonferenz?

Unsere Forderung auf Gleichberechtigung

Untern 14. September hat der Reichsaussenminister an den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson, ein Schreiben gerichtet, in dem zunächst Bezug auf die Erklärung des deutschen Vertreters in der Generalkommission der Abrüstungskonferenz genommen wird, die eine Nichtbeteiligung Deutschlands für den Fall in Aussicht stellte, wenn eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands nicht erfolgt sei.

Dann heißt es weiter, es komme nur eine Lösung in Frage, nach der alle Staaten ohne Unterschied den gleichen Abrüstungsgrundsätzen unterworfen sein müßten. Man könne Deutschland nicht zumuten, an den Verhandlungen teilzunehmen, ohne daß es weiß, ob die zu treffenden Maßnahmen auch auf es selbst Anwendung finden. Die bisher von Deutschland unternommenen Bemühungen in dieser Frage hätten bedauerlicherweise zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt, und so sehe sich die deutsche Regierung veranlaßt, mitzuteilen, daß sie der am 21. September d. J. beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht beizuwohnen könne. Nach wie vor überzeuge, daß eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung nötig sei, werde sie die Arbeiten der Konferenz verfolgen und sich unter diesem Gesichtspunkt über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden.

Die Reichsregierung wird die letzte französische Note nicht schriftlich beantworten. Sie bekennt, daß die Note von falschen Voraussetzungen ausgeht und keine wesentlichen Anknüpfungspunkte aufweist. Zu einem mündlichen Meinungsaustausch sei — wie mitgeteilt wird — sie weiter bereit und habe dem französischen Botschafter entsprechend Mitteilung gemacht, sowie den übrigen Regierungen, die von ihr mit der Angelegenheit befaßt worden waren.

Neuer über die voraussetzliche Haltung Italiens

W.D. London, 17. Sept. (Tel.) Neuer bringt eine Meldung aus Rom, in der es heißt, Mussolini werde wohl alles versuchen, um eine Befriedigung der deutschen Forderung zu sichern. Der italienische Botschafter in London, Grandi, werde sich bemühen, Sir John Simon für eine Politik zu gewinnen, die Frankreich zu einer liberaleren Haltung nötigen werde. Wenn Italiens Wünsche bei den kommenden Besprechungen in Genf unberücksichtigt bleiben und wenn Italien die Überzeugung gewinnen sollte, daß hierdurch sein Ansehen geschmälert würde, dann werde Rom mit dem Völkerbund brechen.

Französische Stimmen

W.D. Paris, 17. Sept. (Priv. Tel.) Wenn gleich die geplante Rentenkonvertierung das Hauptthema der heutigen französischen Presse bildet, so werden doch die außenpolitischen Schritte Deutschlands zur Erlangung seiner militärischen Gleichberechtigung nach wie vor mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt. Daß die Wähler einmütig eine scharf ablehnende Haltung einnehmen, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Die heutige Kolonialpolitik stellt die Wählermeldungen, wonach demnächst die Kliefung für den Bau eines dritten deutschen Erstaufzuges erfolgen soll, in den Vordergrund der Argumentation. Mit viel Geschick wird so versucht, die Hauptfeindin England und Amerika ins Nahwasser der französischen Politik zu bringen. — „Ceuvre“ verleiht sich auf die These, daß diese Dinge Deutschland offenkundig ins Unrecht setzten, und genügen würden, die Reichsregierung vor den Völkerbundrat, ja sogar vor den Internationalen Gerichtshof im Haag zu bringen. — „Populaire“ nennt v. Neurath's Mitteilung an Henderson eine indirekte Antwort auf die französische Note.

Großes Revirement in der Diplomatie

Berliner Meldungen zufolge, steht ein großes Revirement im Auswärtigen Dienst bevor. Im Vordergrund des Interesses stehen die drei deutschen Botschaften in Paris, London und Rom. Der Pariser Botschafter Dr. von Goebbels werde die deutsche Botschaft in London übernehmen, die seit Ernennung des Herrn von Neurath zum Außenminister bewahrt ist. Für Paris ist der jetzige Personalreferent des Auswärtigen Amtes, Dr. Koester, ausersehen. Der bisherige Botschafter in Rom, Dr. v. Schubert, soll zur Disposition gestellt werden. Statt seiner wird der bisherige Gesandte in Belgrad, von Gassel, der Schwiegerjohn des verstorbenen Großadmirals von Tirpitz nach Rom entsandt. Nachfolger von Gassel in Belgrad soll der jetzige Leiter der Kulturbteilung des Auswärtigen Amtes, Freitag, werden.

Der Untergeneralsekretär im Völkerbund, Dufour-Beronce, ist für den Gesandtenposten in Lissabon in Aussicht genommen. Der bisherige Gesandte in Lissabon, Fortmann, soll ebenso wie der deutsche Gesandte in Mexiko, Will, zur Disposition gestellt werden. In Mexiko wird der frühere Reichspressesekretär, Ministerialdirektor Dr. Zschlin, die deutsche Vertretung übernehmen.

Kleine Chronik

Ein Vote der Kruppischen Konsumantanten, der aus einer Verkaufsstelle Geld abgeholt hatte, wurde heute Samstagvormittag, von einem noch unbekanntem Täter überfallen, der ihm die Aktienkarte entriß, in der sich 2900 RM in bar und für 100 RM Rabatmarken befanden.

In Kleinpartitz (Kreis Hoherswerda) wurde der 53jährige Schuhmacher Just verhaftet. Er wird beschuldigt, seinen Schwager, seine Schwägerin, den Schwiegervater und den Neffen mit Arsenik vergiftet zu haben. Sein Schwiegervater führte Betrieb mit seinem anderen Schwiegerjohn und seinen beiden verheirateten Töchtern eine kleine Landwirtschaft. Er hatte es abgesehen, seinen Schwiegerjohn Just im Hause aufzunehmen. Just pflegte das Mittagessen für die ganze Familie zu bereiten. Die Sezierung der Leichen hat Spuren von Arsen ergeben.

In Berlin ist man neuen umfangreichen Devisenschiebungen auf die Spur gekommen. Die Ermittlungen führten zur Festnahme von acht Personen. Die Beteiligten arbeiteten mit falschen Käffen. Der Wert der verschobenen Effekten beträgt 3 bis 5 Mill. RM.

In Weußen wurde der Oberlandjäger Springer zum Tode verurteilt, weil er eine Frau gewaltsam Vermeidung eines Alimentationsprozesses mit Strichmirt vergiftet hatte.

In der Edeune des Gastwirts Gnatowski in Domlau im Kreise Okerode (Ostpreußen), in der acht Bauhandwerker übernachteten, entstand in der Nacht ein Feuer. Von den acht Bauhandwerkern gelang es sieben, sich den Weg durch Flammen und Qualm ins Freie zu bahnen. Der achte, der Zimmermann Kaminski, kam in den Flammen um. Von den sieben Geretteten haben sechs mehr oder minder schwere Brandwunden erlitten.

Der städtische Rechnungsdirektor Garbe in Wuppertal, gegen den eine Untersuchung wegen des Verbleibens von 14 000 RM-Mitgliederbeiträgen schwebte, hat sich erhängt.

Reichsministerbesuch in München

Besprechungen mit der bayerischen Volkspartei
Reichsernährungsminister v. Braun wird am 26. September auf einer Bauerntagung in München sprechen. Anfang Oktober folgt dann die Reise des Kanzlers, der auf der Tagung der bayerischen Industriellen eine Rede halten wird. Außerdem wird der Reichsinnenminister Frhr. v. Gahl, eine Informationsreise durch die bayerischen Ostgebiete machen. Ein genauer Termin dafür steht jedoch noch nicht fest.

Es wird erklärt, daß der Besuch des Reichskanzlers nichts mit der Reichsreform zu tun habe. Vielmehr habe der Reichskanzler schon seit längerer Zeit die Absicht, einen Besuch in München abzustatten, wie dies auch bei seinen Vorgängern üblich gewesen sei.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge ist der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, für Montag nach Berlin zu einer Besprechung mit Reichskanzler von Papen eingeladen worden. Kurz danach wird der bayerische Ministerpräsident Selb ebenfalls zu einer Aussprache erwartet. In beiden Fällen soll es sich weniger um die grundsätzlichen Fragen des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern drehen, als um die aktuellen politischen Fragen des gegenwärtigen Wahlkampfes, darunter um die Pläne zur Herstellung einer Regierungsfreieit für die Wahlen.

Reichsreformpläne

Ein Nürnberger Blatt berichtet, daß die Reichsregierung über den Plan Eugenbergs hinaus, die preussische Verwaltung mit der Reichsverwaltung völlig vereinigen wolle. Die preussischen Provinzen werden Reichsländer mit fast dezentralisierter Befugnisse und Aufgaben einer Verwaltung. Die Länder „alter Ordnung“ Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen dagegen werden in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben, sie sollen sogar eine verstärkte Defensivgarantie erhalten, indem man ihnen wesentliche Teile ihrer früheren finanziellen Selbständigkeit zurückgibt. Einzelheiten sind in diesen Punkten allerdings noch nicht festgelegt.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt dazu: „Es mag sein, daß gewisse Kreise in Herrn von Lersner den Träger einer solchen Mission erblicken. Eine andere Frage ist es, ob man dem Vertrauensmann der Reichsregierung nicht einen sehr schlechten Dienst erweist, wenn man ihn bereits bei seinem Debüt eine Rolle zulegt, mit der man bei den Kreisen, mit denen Herr von Lersner doch in erster Linie vertrauensvolle Fühlung gewinnen muß, sich gewiß kein Vertrauen erobert und ganz gewiß keine politischen Geschäfte machen kann. Die bayerische Frage ist kein Objekt für diplomatische Schachzüge mit doppeltem Boden, wie sie hier dem Abgeordneten des Reichskanzlers angesehen werden.“

Schließlich stellt die Korrespondenz fest, daß es der bayerischen Regierung sicherlich außerordentlich willkommen sein würde, möglichst bald über die wahren und echten Absichten der Reichsregierung auf dem Gebiete der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unterrichtet zu werden. Bisher sei das jedenfalls nicht geschehen. Die Regierung Papen sei über höchst allgemein gehaltene Äußerungen einer föderalistischen Gesinnungsweise nicht hinausgekommen. Wenn sich der Föderalismus der Reichsregierung praktisch in der sogenannten differenzierten Lösung der Länderkonferenz erschöpfen sollte, so müßte man der angelegentlichsten Aufmerksamkeit die bei einem Antrittsbefuch des Reichskanzlers von Papen in München und bei einem weiteren Besuche des Reichsinnenministers Frhr. v. Gahl angebahnt werden sollte, mit einiger Skepsis entgegensehen.

Die Durchführung

des Wirtschaftsplanes

Eine Verordnung zur Förderung des Kredits

Angesichts der erhöhten Kreditanforderungen, die das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung bei der zu erwartenden Belebung der Produktion an die Banken stellen wird, ist, wie die „Börs. Ztg.“ berichtet, beabsichtigt, eine „Verordnung zur Förderung des gewerblichen Kredits“ zu erlassen, die in kurzer Zeit veröffentlicht und unmittelbar darauf in Kraft gesetzt werden soll. Ihr wesentliches Ziel soll dahin gehen, die Bewegungsfreiheit der Banken zu vergrößern, damit sie sich ohne übertriebene Hemmungen in den Dienst der Anfordernungen stellen können.

Man hält es, so schreibt das Blatt, für notwendig, den Banken eine Liquiditätshilfe zu gewähren, damit sie sich den möglicherweise an sie heranretenden, wirtschaftlich durchaus gesunden Kreditgebern gegenüber nicht aus Kassenengpässen verweigern brauchen. Es wird ihnen die Möglichkeit gegeben, festverzinsten Debitoren, die ihre Bankschuld lediglich infolge der Herrichtung des Kapitalmarktes nicht durch die Emission von Aktien oder Schuldverschreibungen ablösen können, in eine neu zu gründende Gesellschaft, das „Industrie-Finanzierungs-Institut“ einzubringen.

Dieses Institut wird voraussichtlich ein Aktienkapital von 80 Millionen RM. haben, an dessen Zeichnung sich die Banken beteiligen, die von der Einrichtung überhaupt Gebrauch zu machen wünschen.

Unabhängig von der Gründung des Industrie-Finanzierungs-Institutes steht die Verordnung zur Förderung des gewerblichen Kredits noch die Errichtung einer Amortisationskasse vor. Diese Amortisationskasse soll als Auffangorganisation für sanierungsreife Debitoren und abschreibungsbedürftige Effektenbestände der Banken fungieren.

Die neuen Steuergutscheine

Die neuen Steuerrechnungsgutscheine, die ab 1. Oktober ausgegeben werden, sind im Entwurf fertiggestellt. Sie werden, um Fälschungen vorzubeugen, auf Wasserzeichenpapier gedruckt. Ihr Format ist ein Zwischending zwischen Reichsbanknote und Aktie. Die Ausgabe der Steuergutscheine wird ausschließlich durch die örtlichen Finanzämter erfolgen. Es ist in Aussicht genommen, daß den Finanzämtern ein ausreichender Vorrat an Steuergutscheinformaten der verschiedenen Größenordnungen überwiesen wird. Die Finanzämter brauchen dann bei der Ausgabe lediglich ihre Unterschrift unter die Scheine zu setzen.

Kurze Nachrichten

Kein neuer Burgfriede geplant. Zu einer Berliner Blättermeldung, daß die Reichsregierung zur Abschwächung des Wahlkampfes ein befristetes Versammlungs- und Demonstrationenverbot erlassen werde, das erst ein oder zwei Wochen vor dem Wahltermin aufgehoben werden solle, wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung nicht die Absicht habe, einen neuen Burgfrieden zu verordnen.

Der Globalabstich am Reichstag durchgeführt. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist jetzt der Globalabstich am Reichstag in Höhe von 10 Millionen Reichsmark durchgeführt. Die Verteilung des Abstrichs auf die einzelnen Ressorts wird als eine interne Angelegenheit der Verwaltung bezeichnet.

Siegfried von Kardorff, bis zur kurzem erster Vizepräsident des Reichstags, übt in einem Artikel im „Berl. Tagebl.“

scharfe Kritik an dem Verhalten des Reichstagspräsidenten Göring bei der Auflösung des Reichstags und erklärt, wenn Göring nach den Grundrissen der Geschäftsordnung verfahren wäre, wäre es niemals zu einer Abstimmung gekommen.

Bayerische Regierungsmitglieder reisen nach Berlin. Staatsrat Schäffer wird Sonntag abend zu einer Finanzministerkonferenz nach Berlin abreisen. Auch Ministerpräsident Dr. Selb wird sich nach Berlin begeben.

Schächterverbote in Hessen abgelehnt. Der Gesetzgebungsausschuß des Hessischen Landtags lehnte einen nationalsozialistischen Antrag auf Erlass des Schächterverbots für Hessen mit sechs Stimmen der Antragsteller gegen die sechs Stimmen der übrigen Ausschußmitglieder ab.

Litwinow in Berlin. Der russische Volkskommissar des Äußeren, Litwinow, ist heute, Samstag, früh in Berlin eingetroffen. Zu seiner Begrüßung hatte sich der russische Botschafter mit einigen Herren der Gesandtschaft und einem Vertreter der Regierung eingefunden.

Badischer Teil

Bürgersteuer 1932

Im Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 45) ist eine Verordnung des Staatsministeriums vom 16. September enthalten, die mit dem 17. September in Kraft tritt. Sie besagt:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Regelung der Wirtschaft vom 4. September 1932 berordnet das Staatsministerium:

Die Gemeinden, die die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 erhoben haben, erheben die Bürgersteuer im letzten Viertel des Kalenderjahres 1932 nach Maßgabe der Verordnung des Reichspräsidenten zur Regelung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Viertel Teil Kapitel I Artikel 2 Erster Abschnitt Absatz 2 Satz 1, sowie der Verordnung des Reichsministers der Finanzen zur Durchführung der Bürgersteuer 1932 (V.St.D.V. 1932) vom 9. September 1932.

Schwarzarbeit und Haftpflicht

Die Handwerkskammer Freiburg i. Br. teilt einen neuen Fall von schwerer Schädigung eines Auftraggebers, der Schwarzarbeiter beschäftigt, mit, der zur Vorsicht mahnt. Es wird darüber mitgeteilt:

Ein Schuhwarenhandwerker hatte den Neubau seines Wohn- und Geschäftshauses durch einen selbständigen Maurermeister ausführen lassen. Auf dem Grundstück standen noch über 100 Jahre alte Fachwerksgebäude, die vor Beginn der Neubauarbeiten abgebrochen werden mußten. Der Maurermeister erbot sich, diese Arbeiten fach- und sachgemäß im Interesse des Auftraggebers für die Selbstkosten auszuführen. Der Bauherr lehnte jedoch ab, begann mit dem Abbruch in eigener Regie und stellte etwa 10 bis 11 Arbeiter ein, darunter auch einen Zimmermann, dem er die Aufsichtstätigkeit übertrug. Beim Abbruch stürzte infolge fehlerhafter Arbeitsweise eine Fachwerkswand ein, wodurch ein Arbeiter erheblich verletzt wurde. Die zuständige Berufsgenossenschaft stellte mit Rücksicht darauf, daß die Arbeiten nicht unter fachkundiger Leitung und Aufsicht ausgeführt worden waren, Haftpflichtansprüche an den Eigenbauherrn. Das Oberlandesgericht als Berufungsinstanz machte den Bauherrn für den Schaden gemäß § 903 Abs. 2 N.D. in voller Höhe haftbar, da der Tatbestand des § 330 des Strafgesetzbuches gegeben ist. Der Eigenbauherr hatte bei Ausführung der Abbrucharbeiten gegen die allgemeinen anerkannten Regeln der Baukunst verstoßen und dadurch den Unfall herbeigeführt.

Auch dieser Fall beweist, welchen Gefahren sich Auftraggeber von Schwarzarbeitern aussetzen und wie berechtigt es ist, wenn die zuständigen Stellen immer wieder — neuerdings durch öffentlichen Plakatschlag — die Öffentlichkeit vor Schwarzarbeit warnen.

Das putzt die Nieren!

Überkinger Adelheidquelle

— ein richtiges Heilwasser für die Nieren — müssen Sie mal versuchen. Sie bekommen sie überall. Den interessanten Prospekt mit feinsten ärztlichen Gutachten schicken Ihnen kostenlos die Mineralbrunnen A.-G. Bad Überkingen

Gen.-Vertr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe, Zirkel 30, Telefon 255.

Tagungen

Die Vereinigung Deutscher Kommunal-, Schul- und Fürsorgeärzte hält am 24. und am 25. September in Heidelberg ihre Hauptversammlung ab. An Referaten sind vorgesehen: 1. Gesundheitsfürsorge und Notzeit in ihrer Wechselwirkung (Stadttr. Dr. Pflüger, Freiburg, und Kreisarzt Medizinalrat Dr. Simon, Oldenburg i. Holst.), 2. Die hygienische Volksbelehrung im Notprogramm der Gesundheitsfürsorge (Stadtmedizinaldirektor Dr. Rosenhaupt, Mainz).

Der Bezirk Süd-West im Reichsverband der Büroangestellten und Beamten (N.W.), der Bezirksverband der Behördenangestellten, hielt in Mannheim eine außerordentliche Tagung des Bezirksvorstandes und der Bezirksfachgruppenvorstände ab. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gesagt wird: Die Behördenangestellten hätten in den letzten Jahren die gleichen Steigerungen der sozialen Lasten wie die Privatangestellten und daneben die gleichen Gehaltskürzungen wie die Beamten trotz niedriger Eingruppierung tragen müssen. Sie lehnen es daher mit aller Schärfe ab, die Behördenangestellten etwa, hinsichtlich der diesbezüglichen Bestimmungen der Notverordnungen in der Frage der Arbeitszeit anders zu behandeln wie die Beamten.

Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener Baden-Württemberg tagte in Lahr. Straßen und Häuser trugen aus diesem Anlaß reichen Plaggenjuchend. Die Tagung war mit einem Kameradschaftstreffen verbunden, das durch die Anwesenheit der Kameraden Schwarz-Rochl und Daubmann-Endingen a. N. eine besondere Note erhielt. Am Sonntag fand auf dem Ehrenfriedhof eine Totengedenkfeier, weiter im Festsaal der Oberrealschule eine öffentliche Kundgebung statt, mit der die Ehrung der Kameraden Schwarz und Daubmann verbunden war. Sie erfolgte durch Prolog und Überreichung von Blumenangebinden durch drei Knaben des örtlichen deutschen Kriegswaisenhauses. Für die Ehrung dankte der ehemalige Kriegsgefangene Schwarz. Die Feier erreichte ihren Höhepunkt in der Festansprache des Frhr. v. Lersner, die zum Thema hatte: „Erebnis verpflichtet zur Aufgabe“.

Deutscher Maltertag 1933 in Mannheim. Der 13. Deutsche Maltertag des Reichsverbandes Deutscher Malter, der in Karlsruhe abgehalten wurde, beschloß, zu seinem nächstjährigen Tagungsort Mannheim zu wählen.

Aus der Landeshauptstadt

Annahmestellen der Hindenburgpende sind Postanstalten, Banken und Postfachkonten Berlin Nr. 73 800, ferner auch die sämtlichen Niederlassungen der Dresdner Bank.

Hindenburg-Wohlfahrtspostkarte. Am 1. Oktober gelangt durch die Deutsche Nothilfe anlässlich des 85. Geburtstags des Reichspräsidenten von Hindenburg (2. Oktober) eine Wohlfahrtspostkarte zur Ausgabe, die eine Ehrung des Reichspräsidenten darstellt und deren künstlerische Ausgestaltung vorher nicht bekanntgegeben wird. Auf dieser Karte ist eine besondere Wohlfahrtsbriefmarke im Frankierungswert von 6 Pf. mit 4 Pf. Wohlfahrtsaufschlag eingedruckt. Der Verkaufspreis beträgt 10 Pf. An dem Vertrieb sind alle Verbände der freien Wohlfahrtspflege beteiligt, um aus dem Erlös Mittel für ihre Wohlfahrtsarbeit zu gewinnen. Wer Hindenburg-Wohlfahrtspostkarten kauft, trägt dadurch zur Linderung der allgemeinen Not bei. Ab 1. Oktober ist die Wohlfahrtspostkarte bei allen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege erhältlich. Bestellungen werden von den genannten Verbänden schon jetzt entgegengenommen.

Nur noch drei Tage Studententugellotterie! Die Karlsruher Studententugellotterie steht kurz vor ihrem Abschluß. Dank der großzügigen Unterstützung der Karlsruher Bevölkerung wurden in der verhältnismäßig kurzen Zeit von 1 1/2 Monaten über 96 000 Äugeln verkauft. Mit dem kommenden Dienstag geht die Lotterie zu Ende. In den letzten 4000 Äugeln steckt noch ein Tausender; ferner sind noch einige Hunderte und eine große Anzahl Zehner zu gewinnen. Also, wer riskiert, gewinnt!

Fahrradbstahl. Auch gestern wurden der Polizei wiederum zahlreiche Fahrradbstahl angezeigt. In drei Fällen wurden der Polizei Fahrräder abgegeben, die auf der Straße aufgefunden wurden und wahrscheinlich von einem Diebstahl herrühren.

Badisches Landestheater. Die erste diesjährige Neueinstudierung der Oper, Webers große romantische Oper „Deron“ kommt am Sonntag, den 18. September, von Viktor Pruscha in Szene gesetzt und unter musikalischer Leitung von Josef Krips, zum erstenmal zur Aufführung. Emmy Seiberlich singt die Titelpartie. Neben ihr wirken noch die Damen Wanz, Haber, Habertorn, Reich-Dörich, Winter, Seiling und die Herren Hofpach, Kiefer, Wehner, Rentwig, Dworak, Schönthal u. a. mit. Die Tänze studierte Herr Dworak ein. Die Bühnenbildausstattung leitete Torsten Hecht, für die Kostüme sorgte Margarete Schellenberg. — Die anschließende Woche bringt nach den beiden „Vollstündigen“ Vorstellungen von „Schneider Wibbel“ am Montag und Dienstag, am Mittwoch, den 21., Mozarts Oper „Figaros Hochzeit“ und am Donnerstag, den 22. September, Donizettis komische Oper „Die Regimentstochter“. Am Freitag, den 23. September, werden Arturs Schnitzlers einaktige Komödie „Große Szene“ und die Groteske „Der grüne Kakadu“ zum erstenmal in dieser Spielzeit wiederholt. Der Samstag, der 24. September, bringt die zweite diesjährige Klassiker-Neueinstudierung mit Shakespeares phantastischem Lustspiel „Ein Sommernachtstraum“ mit der Musik von Mendelssohn-Bartholdy, in Szene gesetzt von Felix Baumbach. — Wagners „Nienzi“ gelangt am Sonntag, den 25. September, zur ersten diesjährigen Wiederholung. — Es sei nicht unterlassen, nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß das vom Landestheater ausgeschriebene Preis-Silberstück außerordentliche Gewinnchancen bietet in Form von Theaterplanrechten jeder Wertklasse und deshalb allen Theaterfreunden zur Beteiligung nicht dringend genug empfohlen werden kann. — In der heute stattfindenden Aufführung der komischen Oper „Die Regimentstochter“ wird Loite Fischbach die Titelpartie singen.

Das Kunsthaus Büchle, Inh. B. Verfürth, am Ludwigplatz, zeigt in seinen fünf Schaufenstern eine sehenswerte Kunstschau. Prof. Gähler entzückt mit einer koloristisch fein empfundenen Herbststimmung am See, Blum, Freiburg, ist mit duftigem Erntebild, Prof. Nagel mit herrlichen Temperas, die vier Jahreszeiten darstellend, vertreten. Stauffert zeigt eine umfassende Kollektion Landschaften und Blumen, die durch Vielfältigkeit und gute, farbige Tongebung das Auge fesseln. B. Baier bringt eine interessant aufgefachte Madonna und farbenfrohe Aquarelle. Die ausgestellten farbigen Bier-, Danstaengl- und Brudmannbrude alter und moderner Meister vervollkommen die Reichhaltigkeit der Ausstellung. Allen Kunstfreunden ist die Besichtigung zu empfehlen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Das kontinentale Hochdruckgebiet verursacht in Deutschland, Frankreich und den Mittelmeerländern heiteres bis wolkenloses Wetter. In Spanien sind die Temperaturen gestern über 32 Grad gestiegen, bei uns wurden 25 Grad erreicht. Eine Änderung steht für morgen nicht bevor. Voraussage: Fortdauer des schönen Herbstwetters und zunehmende Erwärmung.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	17. September		18. September	
	Geld	Devisen	Geld	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	75.77	75.93	75.77	75.93
Italien . . . 100 L.	21.61	21.65	21.62	21.66
London . . . 1 Pf.	14.62	14.66	14.62	14.66
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.49	16.53	16.49	16.53
Schweiz . . . 100 Fr.	81.19	81.35	81.21	81.37
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. September 1932 hat sich in der zweiten Septemberwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 91,4 Mill. auf 3297,4 Mill., derjenige an Rentenbanknoten um 0,6 Mill. auf 401,0 Mill. RM. verringert. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 151 000 RM. auf 925,8 Mill. RM. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 12,8 Mill. auf 781,2 Mill. RM. zugenommen und die bedungsfähigen Devisen auf 144,6 Mill. RM. abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen betrug am 15. Sept. 25,7 Prozent, gegen 25,1 Prozent am Ende der Vorwoche.

Itterwert AG, Mosbach (Baden). Die ordentliche Generalversammlung der Itterwert AG, Mosbach genehmigte den Abschluß für das laufende Geschäftsjahr 1931/32 gegen 204 Stimmen eines Aktionärs und erteilte Entlastung. Die Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis 3:1 von 1,5 auf 0,5 Mill. RM. wurde gegen 624 Stimmen angenommen. Der hierdurch erzielte Buchgewinn wird restlos zu Abschreibungen verwendet und der Reingewinn für 1931/32 in Höhe von 81 181 RM. auf neue Rechnung vorgetragen. Eine regelmäßige Zuwendung der Gesellschaft an das Kreisalterheim bis zu einer Höhe von 2000 RM. wurde ebenfalls gutgeheißen.

Gemeinderundschau

Der Gemeinderat Müllheim befaßte sich in seiner letzten Sitzung erneut mit dem städtischen Voranschlag, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Bei gleichbleibender Umlage und einer dreifachen Bürgersteuer und Berücksichtigung der Einnahmerückstände ergibt sich immer noch ein ungedeckter Fehlbetrag von 37 000 RM. Man will zunächst die Auswirkung der neuen Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft auf die Gemeindefinanzen abwarten, ehe man eine endgültige Entscheidung trifft.

Dreifache Bürgersteuer in Neustadt i. Schw. Nachdem vom Bürgerausschuß der vom Gemeinderat vorgelegte Voranschlag für 1932/33 abgelehnt worden ist, wodurch der Bürgermeister die Berechtigung einer Zwangssteigerung von sich aus oder von der Staatsaufsichtsbehörde erhielt, hat nun dieser einen neuen Voranschlag aufgestellt. Nach diesem soll die Realsteuererhöhung auf den Landesfuß unterbleiben. Dafür wird die dreifache Bürgersteuer eingeführt (bisher zweifach). Die Beamten und Angestellten übernehmen freiwillig einen höheren Anteil ihrer Fürsorgebeiträge, und zwar 30 Prozent. Der fehlende Rest soll aus Überschüssen des städtischen Elektrizitätswerks genommen werden. Auch diesen Voranschlag hat der Gemeinderat abgelehnt. Er wurde nun vom Bürgermeister festgesetzt und an die Aufsichtsbehörde weitergegeben.

Rückgang des Fremdenverkehrs in Freiburg. Im Monat August haben in Freiburg insgesamt 19 821 Fremde genächtigt gegen 22 620 im Vorjahre, davon 16 024 (17 194) Reichsdeutsche und 3797 (5426) Ausländer. Interessant ist die Tatsache, daß die Engländer, die im August 1931 mit 2033 Besuchern weitaus das stärkste Ausländerkontingent darstellten, dieses Jahr fast vollkommen ausgeblieben sind, eine Erscheinung, die auch im ganzen Schwarzwald bedauert wird. Dagegen hält die Schweiz mit 863 gegen 653 Besucher dieses Jahr die Spitze.

Aus dem Gemeinderat Wehrheim. Die Aufwandsentschädigung für die Gemeinderäte wurde mit Wirkung vom 1. Juli d. J. an auf 2 RM. je Sitzung ermäßigt. Der im Entwurf vorgelegte Voranschlag für das Rechnungsjahr 1932 wurde mit den vorjährigen Steuerfäßen genehmigt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Strafantrag im Niederrheinler Kreditvereinsprozeß
D. Waldshut, 17. Sept. Nach mehrtägiger Verhandlung stellte heute der Vertreter der Anklage, Oberstaatsanwalt von Doser, in dem Niederrheinler Kreditvereinsprozeß folgenden Strafantrag: Gegen Florian Gerspacher wegen Untreue und Bilanzfälschung eine Mindeststrafe von 3 Jahren Gefängnis und eine entsprechende Geldstrafe, gegen Edwin Gerspacher wegen Beihilfe zu den Verfehlungen seines Vaters, wegen Unterschlagung und Betrugs ebenfalls eine Mindeststrafe von 3 Jahren Gefängnis sowie eine entsprechende Geldstrafe. Außerdem beantragte der Oberstaatsanwalt gegen Edwin Gerspacher die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 4 Jahren.

D. Wehrheim, 17. Sept. Als erster Zug passierte der um 11.27 Uhr hier eintreffende Personenzug am Dienstag die neue Mainbrücke. Das bayerische Jugerpokal hatte die Lokomotive mit Girlanden, Kränzen und einer deutschen, bayerischen und badischen Fahne geschmückt und so diesem Ereignis ein festliches Gepräge gegeben. Auch der Güterzugverkehr über die Brücke ist am Mittag aufgenommen worden.

D. Pfullendorf, 16. Sept. Das Monomiejgebäude des Landwirts Frh. Hofmeier brannte heute abend völlig nieder, wobei auch 2000 Zentner ausgedroschenes Getreide vernichtet wurden. Der Schaden wird auf 30 000 RM. geschätzt.

Staatsanzeiger

Dem Schauspieler William Eugen Frank in Mannheim, Hohe Wiesenstraße 25, der am 21. April 1932 durch mutiges, entschlossenes Handeln den 5 Jahre alten Alfred Neßbach aus Heidelberg vom Tode des Ertrinkens im Neckar gerettet hat, spreche ich hiermit

eine öffentliche Belobung aus.

Mannheim, den 15. September 1932.

Der Landeskommissär:

J. B. Guth-Vender.

Lebensrettung.

Dem Fabrikarbeiter Albert Bernauer in Medesheim, Obere Bahnhofstraße Nr. 3, der am 20. Juli 1932 den 12 Jahre alten Neßschüler Friedrich Binder in Medesheim durch mutiges und entschlossenes Handeln vom Tode des Ertrinkens im Krebsbach auf Gemarkung Medesheim gerettet hat, spreche ich hiermit

eine öffentliche Belobung aus.

Mannheim, den 15. September 1932.

Der Landeskommissär:

J. B. Guth-Vender.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 20. bis 25. September 1932

Im Landestheater:

Dienstag, 20. September. Volkshöhe: Septembervorstellung: **Schneider Wibbel**, Komödie von Müller-Schlösser. 20 bis 22.30. (3,30).

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. Mittwoch, 21. September. * A 1 (Mittwochmiete). Th.-Gem. 101 bis 200. Neu einstudiert: **Figaros Hochzeit**, Komische Oper von Mozart. 19 bis nach 22 (5,00).

Donnerstag, 22. September. * D 2 (Donnerstagniete). Th.-Gem. III. S.-Gr. 2. Gäfte. **Die Regimentstochter**, Komische Oper von Donizetti. 20 bis nach 22 (4,50).

Freitag, 23. September. * F 1 (Freitagmiete). Th.-Gem. 1 bis 100. **Große Szene**, Komödie von Arthur Schnitzler. **Hierauf: Der grüne Kalabur**, Groteske von Arthur Schnitzler. 20 bis gegen 22.30 (3,30).

Samstag, 24. September. * E 1. Th.-Gem. 301 bis 400. Neu einstudiert: **Ein Sommernachtstraum**, Fantastisches Lustspiel von Shakespeare. Musik von Mendelssohn-Bartholdy. 20 bis 23 (3,00).

Sonntag, 25. September. * G 1. Th.-Gem. I. S.-Gr. **Rienzi**, Große Oper von Wagner. 19 bis 22.30 (5,70).



BRIKETTS



Badisches Landestheater

Sonntag, den 18. Sept. 1932

* B 1. Th.-Gem., II. S.-Gr.

Neu einstudiert

Oberon,

König der Elfen

Große romantische Oper

von Weber

Dirigent: Krips

Regie: Pruscha

Mitwirkende:

Blank, Haberhorn, Reich-Dörich, Seibertich, Seiling, Winter, Faber, Moerschel, Dmoral, Hofpach, Kiefer, Mehner, Rentwig, Lindemann, Nagel, Ebert, Willius, Schönthaler

Anfang 19^h, Ende nach 22

Preise E (0,90—5,70 RM)

Montag, den 19. Sept. 1932

Volkshöhe:

Septembervorstellung

Schneider Wibbel

Komödie

von Müller-Schlösser

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Frauentorfer, Genter, Rademacher, Seiling, Krazer, Baumbach, Brand, Dahlen, Herz, Höder, Kienersch, Kubne, Mehner, P. Müller, Brüder, v. d. Trend, Kleinbusch, Lindemann, S. Müller, Sey

Anfang 20 Ende 22^h

Preise A (0,50—3,30 RM)

Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben



Rollbahnen und Baugeräte
zu Kauf und Mieta
Willh. Messmer, Villingen
Fernsprecher 2131. Gegr. 1903
Kataloge gratis M.18

Büchle
Inh. W. Bertsch, Kunst- und Rahmenhaus
hat z. Zt. ausgestellt Werke von
V. Baier, Blum, Prof. Göhler
Prof. Nagel, F. Stauffert usw.
Ludwigsplatz

Gehr schöne u. sonnige Wohnungen
5 u. 6 Zimmer mit Bad in schönster Altstadtlage
preiswert zu vermieten. Zu erfragen bei der
Städt. Sparkasse Karlsruhe
(Zimmer 5, Fernruf 7025). M.11

Städt. Sparkasse Ettenheim

Bilanz per 31. Dezember 1931

Aktiva	RM	Passiva	RM
Kassenbestand	11 822,20	Spareinlagen	2 151 938,13
Guthaben bei Banken, Girozentrale u. Postsparkassendirektionen	121 461,89	Aufwertungs- und Spareinlagen	937 527,96
Wertpapiere	180 997,50	Giro- und Kontokorrenteinlagen	132 391,97
Wechsel	47 345,31	Anlehensschulden	3 642,99
Darlehen auf Hypotheken und Kaufschillinge	1 368 055,46	Müdlagen:	
Darlehen in laufender Rechnung	325 892,20	a) gefehl. Reservefonds	232 339,71
Darlehen auf Schuldscheine an Private	450 973,45	b) Sondermüdlagen	35 000,—
an Gemeinden	308 695,14	Überschuß an bürgende Gemeinde	25 000,—
Aufwertungsforderungen	548 088,16	Reingewinn	16 362,80
Einnahmerückstände	92 652,72		
Grundstücke und Gebäude	78 218,53		
Verkaufsforderungen	1,—		
	3 534 203,56		3 534 203,56

Berechnung der Rücklagen

Die gefehlende Rücklage hat zu betragen:

8% aus 3 221 858,06 RM Einlagen = 257 748,64 RM

Sie beträgt auf Jahreschluß 1931 = 248 702,51 RM

Fehlbetrag = 9 046,13 RM

Ettenheim, den 30. März 1932. S.165

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Wogele.

Der Geschäftsleiter: Wachenheim

Arbeitsvergebung

Für den Neubau eines Försterhauses auf dem Hungerberg in Baden-Baden werden nach den Vorschriften der Reichsverordnungsordnung (RVO) und nach den technischen Vorschriften für Bauleistungen folgende Arbeiten in öffentlicher Ausschreibung vergeben:

- I. Erd- und Grabarbeiten,
 - II. Maurer- und Betonarbeiten,
 - III. Zimmerarbeiten,
 - IV. Dachdeckerarbeiten.
- Zeichnungen und Bedingungen liegen vom 19. September d. J. ab auf unserm Geschäftszimmer, Gernsbacher Straße, nur vormittags 9—12 Uhr, zur Einsicht offen. S.109
- Verband der Angebote nach auswärts findet nicht statt.

Die Angebote sind verschlossen und portofrei mit der Aufschrift „Försterhaus Hungerberg Baden-Baden“ einzutreiben. Die Eröffnung der Angebote findet im Beisein etwa erscheinender Bewerber am Samstag, 24. September, vormittags 10 Uhr, statt.

Zuschlagsfrist 14 Tage.

Bad. Bezirksbauamt Baden-Baden.

Formulare

liefert preiswert
G. Braun GmbH.
Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 14

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Neue holl. Vollheringe Milchner Stück 10 RM
Feinste Süßbücklinge Pfund 20 RM
Kartoffeln gelbfleischig Pfund 3 RM

Neuer süßer Apfelmost Liter 25 RM
eigener Kelterei

Neue russische Linsen große	Pfund 36 RM	Neues Sauerkraut	Pfund 12 RM
mittlere	Pfund 24 RM	Dürrfleisch	1/4 Pfund 27 RM
Frankfurter Würstchen	Paar 30 RM		

Warenabgabe nur an Mitglieder

Lebensbedürfnisverein

Arbeitsvergebung

Das Umbauen des Schieferdaches über dem Stallgebäude II der ehem. Telegraphenstation, Gardsstraße 86, in Karlsruhe, ist öffentlich zu vergeben. Bedingungen, Zeichnungen und Angebotsvorbrude, letztere soweit Vorrat, sind vom 19. bis 24. September 1932 an Werttagen von 9—12 Uhr und 3—6 Uhr beim Bezirksbauamt Karlsruhe, Stephanienstraße 28 — linker Flügelbau, Obergeschos — einzusehen.

Kein Verband von Zeichnungen und Unterlagen nach auswärts.

Angebotsöffnung am 26. September 1932, um 10 Uhr vormittags, im Bezirksbauamt Karlsruhe, Stephanienstraße 28, wohn die Angebote verschlossen, portofrei und durch Aufschrift gekennzeichnet, zu richten sind.

Zuschlagsfrist 12 Arbeitstage.

Karlsruhe, den 15. September 1932.

Bezirksbauamt.

Städtische (öffentliche) Sparkasse Konstanz

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kasse	102 323,90	Komm. Landesbanken (Girozent.)	33 973,78
Komm. Landesbanken (Girozent.)	106 451,80	Reichsbank-Lombardkonto	100,—
Reichsbank	47 797,07	Privatbanken u. Sparkassen	88 187,—
Postsparkassendirektion	16 318,76	Kontoforrenteinlagen	952 545,79
Privatbanken u. Sparkassen	79 528,75	Spareinlagen	6 883 289,62
Wechsel	69 238,07	Giroeinlagen	226 130,48
Kontoforrentkredite	1 950 174,16	Ausgaberrückstände	4 698,11
Eigene Wertpapiere	865 000,—	Aufwertungs- und Spareinlagen	3 543 760,80
Feste Hypothekendarlehen	5 115 775,90	Müdlagen:	
Gemeindedarlehen	854 251,—	a) gefehliger Reservefonds	
Einlage b. Spargitoberband	205 600,—	p. I. 1. 31	415 684,80
Sonstige Darlehen	7 000,—	v. Aufwertung	69 877,19
Kaufpfanddarlehen	4 740,—	Reingewinn 1931	51 523,13
Schuldenscheindarlehen	71 227,50		537 085,12
Einnahmerückstände (Zinsen)	162 173,55	b) Sondermüdlagen	256 897,18
Grundstücke und Gebäude	188 504,77	(Abale 4 000,— RM)	
Verkaufsforderungen	1,—		
Girokonten	26 559,88		
Betriebskosten	402,73		
Sonstige Vorrisse	4 367,21		
Dekredite-Ratio	12 348,86		
Aufwertungsforderungen	2 636 382,92		
(Abale 4 000,— RM)			
	12 526 167,83		12 526 167,83

Berechnung der Rücklage:

Nach § 20 der Satzung soll die Rücklage betragen:

5% aus 8 061 965,89 RM = 403 098,29 RM

Auf Ende des Vorjahres betrug die gefehlende Rücklage = 415 684,80 RM

Dazu: Spitzenbetrag des Aufwertungsabrechnungsfontos = 69 877,19 RM

Geschäftsgewinn vom I. d. J. = 51 523,13 RM

Müdlagenüberschuß = 133 986,83 RM

Konstanz, den 20. Juni 1932. S.167

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Dr. Koeckle, Oberbürgermeister.

Städt. Sparkasse: Blum, Direktor.